



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

**31. März 2020**

### **Whatever It Takes - Nur gemeinsam und in europäischer Solidarität werden wir unserer Herausforderung gerecht werden**

Die Menschheit insgesamt bedrohende Herausforderungen wie COVID-19 werden wir in einer globalisierten Welt nur gemeinsam bewältigen. Dazu müssen wir alle Kräfte in unseren Gesellschaften mobilisieren, um Leben zu retten, Gefahrenabwehr zu betreiben und eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Dies verlangt eine konsequente nationale Politik, aber auch Anstrengungen auf internationaler Ebene und insbesondere eine gemeinsame europäische Herangehensweise, die alle Stärken unserer Politischen Union zum Tragen bringt.

Auf Druck der SPD hat die Bundesregierung ein beispielloses Maßnahmenpaket geschnürt, das unsere Krankenhäuser besser ausstattet, Wohnen, Einkommen und Beschäftigung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für Selbstständige sichert und Unternehmen auch in diesen schwierigen Zeiten am Leben hält.

In Europa stehen wir in der Solidarität mit unseren Nachbarn. Was gut für Europa ist, ist gut für Deutschland. Die SPD unterstützt die Aktivierung der für Notfälle konzipierten Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die EU-Kommission, die Anpassung des Beihilferechts für großflächige Liquiditätsmaßnahmen und die unmittelbare Bereitstellung von Milliardenhilfen durch den EU-Haushalt.

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament unterbreitet Vorschläge, die den Weg weisen. Von der EU-weiten Beschaffung und Bevorratung medizinischer Güter, über Wohnungs- und Einkommenschutz bis zum Schwerpunkt der gemeinsamen Erforschung und Entwicklung wirksamer Arzneien und Impfstoffe.

Wir müssen entschlossen handeln, auch darüber hinaus. Um einem dramatischen Wirtschaftseinbruch entgegenzuwirken, unsere Gesundheits- und Sozialsysteme zu stützen und den Absturz in Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, braucht es ein koordiniertes Vorgehen, das nationale Scheuklappen und Egoismen überwindet.

Wir begrüßen die Initiative der EZB, die mit ihrem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) im Umfang von 750 Mrd. Euro den Angriff spekulativer Finanzmarktinvestoren abwehrt und die Zinssätze für europäische Staatsanleihen stabilisiert. Der Spekulation, die aus der akuten Bedrohung unserer Gesellschaften Kapital schlagen will, muss auch zukünftig der Boden entzogen werden. Wir unterstützen die Initiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, den bereits existierenden Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM so auszugestalten, dass er wo nötig unmittelbar in großem Umfang Liquidität zur Verfügung stellt, ohne einzelne Mitgliedstaaten an den Märkten zu

diskriminieren, in neue Austerität zu zwingen oder mit unangemessenen Auflagen, jenseits der Bekämpfung von COVID-19 zu belegen. Euro-Staaten, die davon Gebrauch machen wollten, könnten daraus ein Programm von bis zu 2% ihrer Wirtschaftsleistung generieren. Gleichzeitig könnten solche Programme mit zusätzlicher Unterstützung durch die EZB (Outright Monetary Transaction, OMT) kombiniert werden.

Die aktuelle Krise trägt aber auch einen gefährlichen politischen Virus in sich, den Virus der Renationalisierung. Die Grenzschließungen haben auch die Freizügigkeit von Arbeitskräften erschwert und 1,5 Mio. grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren sozialen Rechten bedroht. Sie haben zu einer Störung des freien Warenverkehrs geführt und Produktionsabläufe erschwert. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Krise wird einige Mitgliedstaaten schwerer belasten als andere. Deswegen müssen wir Renationalisierungstendenzen entschieden entgegentreten. Wir brauchen stattdessen mehr europäische Solidarität bei der Krisenbewältigung.

Bei der Überwindung der Krise müssen wir der Entstehung neuer und der Vertiefung bestehender Ungleichheiten innerhalb wie zwischen den EU-Mitgliedstaaten entgegenwirken. Wir werden nicht vergessen: Viele der Länder, deren Infrastruktur im Nachgang zur Finanzkrise besonders unter den Auflagen einer verfehlten Austeritätspolitik gelitten hat, sind heute besonders vom Ausbruch von COVID-19 betroffen. Deswegen: nur praktizierte Solidarität sichert uns ein gutes Leben für alle in einem solidarischen Europa. Nur das stärkt uns für die große Aufgabe der sozialen und ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die vor uns liegt und die wir nur gemeinsam bewältigen werden.

Deswegen brauchen wir neue Gemeinschaftsinitiativen für eine neue gemeinsame europäische Politik.

Eine angemessene Gesundheitsfürsorge in einem leistungsfähigen öffentlichen und für alle zugänglichen Gesundheitssystem muss zu einer gegenseitigen Verpflichtung werden, die im Europäischen Semester festgeschrieben wird.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Europa dürfen innerhalb eines Jahrzehnts nicht zum zweiten Mal für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben. Im Gegenteil: der öffentliche Sektor unseres Gemeinwesens muss gestärkt werden. Das gilt insbesondere für Kommunen und Regionen. Eine zur Innovation fähige und gegen Krisen robuste Gesellschaft muss in die eigene Gestaltungskraft investieren und die Initiative ihrer Bürgerinnen und Bürger durch eine moderne öffentliche Infrastruktur ermöglichen. Dafür brauchen wir einen europäischen Handlungsrahmen.

Wir brauchen ein funktionsfähiges europaweites Netz öffentlicher Förderbanken, das in Kooperation mit der EIB kleine und mittlere Unternehmen unterstützt und auf die Aufgaben der Zukunft vorbereiten hilft. Wir unterstützen die Forderung nach einem pan-europäischen Garantiefonds in Höhe von 50 Mrd. Euro für KMUs.

Wir müssen neue Instrumente auch zur gemeinsamen Kapitalbeschaffung einführen. Gemeinsam verantwortete Finanzprodukte, die die sozial-ökologische Modernisierung befördern, können etwa durch die EIB oder den ESM entwickelt werden. Wir befürworten diesen Weg. Die Debatte um Eurobonds\Coronabonds muss aus der ideologischen Konfrontation in eine rationale Diskussion um Machbarkeit und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen überführt werden.

Neben einer Initiative zur Wiederbelebung des gemeinsamen Binnenmarktes brauchen wir eine konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ebenso wie der europäischen Industriepolitik. Die notwendige Unterstützung des Wiederaufschwungs nach der Corona-Krise wie auch die Anforderungen des Klimaschutzes erfordern umfangreiche öffentliche Investitionen der verschiedenen staatlichen Ebenen. Eine neue Staatsschuldenkrise muss dabei abgewehrt werden. Wir fordern ein umfangreiches europäisches Recovery Programm, bei dem wirtschaftliche Erholung und die Notwendigkeit zum sozialen und ökologischen Umbau miteinander verknüpft werden. Die Politik der Nachhaltigkeit und der Europäische Grüne Deal sind dabei zentral. Gemeinsam verantwortete Finanzprodukte wie EIB-Kredite und Eurobonds, in Verbindung mit einer synchronisierten Steuer- und Fiskalpolitik werden hierfür benötigt und werden eine erhebliche Rolle spielen.

Dazu wollen wir auch die Steuerpolitik in Europa gemeinsam neu ausrichten und stärker harmonisieren. Dumping-Wettbewerb unterhöhlt das Gemeinwesen und gefährdet die Legitimation neuer gemeinschaftlicher Initiativen.

Wir wollen einen Europäischen Haushalt, der den europäischen Aufgaben Rechnung trägt. Die aktuelle Krise muss ein Weckruf sein. Sie unterstreicht die Notwendigkeit eines ehrgeizigen Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum 2021-2027, der auch Eigenmittel zur Finanzierung europäischer Ausgaben enthält.

Die wirklichen Leistungsträger Europas, die unsere Gesellschaft mit ihrer Arbeit zusammenhalten, brauchen besonders jetzt über alle Grenzen hinweg unseren Schutz. Die Einführung eines Europäischen Arbeitslosenrückversicherungssystems duldet keinen Aufschub.

Vom nächsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs erwarten wir Handlungsfähigkeit und Orientierung statt Blockaden und wechselseitige Schuldzuweisungen. An EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen richten wir die dringende Aufforderung, noch vor dem Gipfel die Eckpunkte für ein Europäisches Recovery-Programm vorzulegen, das in Qualität und Umfang den unaufschiebbaren Erfordernissen genügt.